

Protokoll 176. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 21. Januar 2026, 17.00 Uhr bis 22.03 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Angelica Eichenberger (SP)

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Roger Föhn (EVP), Isabel Garcia (FDP), Lea Herzig (Grüne)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | | |
|----|--------|--------|--|-----|
| 1. | | | Mitteilungen | |
| 2. | 2026/5 | *
E | Postulat der GLP-, AL-, Grüne- und SP-Fraktion vom 07.01.2026:
Festlegung des Aufwands der Dienstabteilung Kultur auf mindestens zwei Prozent des städtischen Gesamtaufwands sowie Verwendung der zusätzlichen Mittel für die Kulturförderung | STP |
| 3. | 2026/6 | *
E | Postulat von Leah Heuri (SP), Dr. Jonas Keller (SP) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 07.01.2026:
Einführung eines Online-Gebärdensprachdolmetschdienstes an analogen Schaltern | STP |
| 4. | 2026/7 | *
E | Postulat von Patrik Brunner (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) vom 07.01.2026:
Zusätzliche Stellen für die verdeckte Fahndung zur Bekämpfung pädokrimineller Aktivitäten im Internet und im Bereich der digitalen Ermittlungen | VSI |
| 5. | 2026/8 | *
E | Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 07.01.2026:
Reduzierung der Elternbeiträge für die städtischen Ferien- und Semesterkurse | VSS |
| 6. | 2026/9 | *
E | Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 07.01.2026:
Gemeinschaftszentrum Riesbach, Verdoppelung der Velo-abstellplätze und Ausrüstung mit einem Witterungsschutz | VHB |

7.	2023/369		Weisung vom 17.12.2025: Motion von Anna Graff und Moritz Bögli betreffend Pilotprojekt zur zahnmedizinischen Versorgung von Menschen mit geringem Einkommen, Antrag auf Fristerstreckung	VS
8.	2025/449	!	Weisung vom 01.10.2025: Städtische Gesundheitsdienste, Arbeitsgemeinschaft für risikoarmen Umgang mit Drogen (Arud), Beiträge 2026–2029	VGU
9.	2025/330		Weisung vom 20.08.2025: Volksinitiative «Parkplatz-Kompromiss JA», Gültigkeit und Antrag auf Ablehnung	VTE
10.	2025/409		Weisung vom 17.09.2025: Departement der Industriellen Betriebe, Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende», Ablehnung	VIB
11.	2025/412		Weisung vom 17.09.2025: Elektrizitätswerk, Realisierung und Erwerb von Grossbatteriespeicheranlagen, Rahmenkredit	VIB
12.	2025/122	E/A	Postulat von Rahel Habegger (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne) und Matthias Renggli (SP) vom 26.03.2025: Beitritt der Stadt zur Blue Community	VIB
13.	2025/205		Interpellation von Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Dr. Frank Rühli (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 21.05.2025: Stromausfall in Spanien, Risiko eines vergleichbaren Blackouts in der Schweiz, mögliche Auswirkungen auf die Stadt, Situation betreffend die mit Notstrom versorgbaren Gebäude, Lösungen zur Speicherung von elektrischer Energie, Entkoppelung des städtischen Stromnetzes und Möglichkeiten für Speicherkapazitäten zur Überbrückung eines Blackouts	VIB
14.	2025/113	E/A	Postulat von Dominique Späth (SP), Ursina Merkle (SP), Selina Walgis (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 19.03.2025: Förderung der Geschlechterdiversität in Bezug auf die Wahl von verschiedenen Berufsfeldern und Studienrichtungen	VS
15.	2025/127	A	Postulat von Stephan Iten (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 26.03.2025: Asyl-Organisation Zürich (AOZ), Verzicht auf Essenslieferungen bei Unterkünften mit bestehenden Küchen und Zulassung sämtlicher Caterings bei Ausschreibungen für Unterkünfte ohne Küchen	VS

16. 2025/139 A Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 02.04.2025: Kinderhütendienst «Tammy's Daycare Center», Erteilung einer Betriebsbewilligung, die nicht auf der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich (VO KB) basiert VS
17. 2025/186 E/A Postulat von Reto Brüesch (SVP), Michele Romagnolo (SVP), Sandra Gallizzi (EVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 14.05.2025: Gerechtere und koordiniertere Verteilung der Asylsuchenden auf die Stadtquartiere VS
- * Keine materielle Behandlung
! Behandlung in reduzierter Debatte

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5708. 2026/23

Erklärung der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 21.01.2026: Verurteilung der Angriffe auf die kurdische Bevölkerung in Rojava

Namens der SP-, Grüne- und AL-Fraktion verlesen Dr. David Garcia Nuñez (AL), Yves Henz (Grüne) und Lara Can (SP) folgende Fraktionserklärung:

Truppen des syrischen Übergangspräsidenten Ahmed al-Sharaa greifen in diesen Tagen die demokratischen, selbstverwalteten Gebiete Rojawas an. Die militärischen Angriffe gelten der zivilen Infrastruktur. Die Gewalt bedroht insbesondere ethnische Minderheiten, Frauen und Kinder. In den vergangenen Tagen wurde bereits 60 % des Gebiets eingenommen, was das Ende der demokratischen Selbstverwaltung bedeuten könnte.

Was jetzt in Rojava geschieht, ist das Wiedererwachen des Terrors. IS-Terroristen und extremistische Truppen ermorden Menschen vor laufenden Kameras. Es sind die gleichen Bilder, die wir aus der Zeit der Schreckensherrschaft des IS kennen. Die Ausmasse, welche diese Gewalt annehmen kann, ist schmerzlich ins kollektive Gedächtnis eingebrannt. Vor zwölf Jahren überfiel der IS die jesidische Bevölkerung im Nordirak, eine ethnische Minderheit der Region. Die internationale Gemeinschaft, darunter auch die Schweiz, erkennt dieses Massaker mittlerweile als Völkermord an.

Genau solche Verbrechen drohen heute wieder. Diesen Montag haben extremistische Kräfte die Kontrolle über die Gefängnisse übernommen, in denen tausende IS-Terroristen einsassen – jene Mörder, die für die schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für Anschläge in Europa verantwortlich sind. Diese Terroristen werden jetzt im Auftrag von Ahmed al-Sharaa gezielt befreit. Es darf nicht sein, dass die internationale Gemeinschaft wie vor zwölf Jahren die Augen vor der aktuellen Bedrohung verschliesst und zu spät reagiert. Damals haben sich die syrisch-demokratischen Kräfte unter Führung der Kurd*innen mutig für den Schutz der Jesid*innen eingesetzt.

Jetzt ist es an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft ihre Verantwortung übernimmt, und sich ebenso für Rojava einsetzt. Die demokratische Selbstverwaltung, in der Kurd*innen, Araber*innen, Assyrer*innen, Jesid*innen und Türk*innen demokratisch und in Frieden zusammenleben, muss geschützt und bewahrt werden.

Dieser Angriff ist deshalb nicht nur ein Angriff auf Rojava, sondern ein Angriff auf die Menschlichkeit, die Demokratie und die Freiheit generell.

Jin – Jiyan – Azadî: Frau – Leben – Freiheit.

Diese drei Wörter stammen aus Rojava, aber haben eine Ausstrahlung weit über Rojava hinaus. Sie sind genauso Ausdruck der Hoffnung am feministischen Streik in Zürich, wie für die mutigen Demonstrant*innen und Frauen im Iran. Diese Worte stehen für das gelebte Gegenmodell zum radikal dschihadistischen Weltbild. In Rojava sind Frauen politische Entscheidungsträgerinnen und stehen heute an vorderster Front im Kampf gegen den IS. Der jetzige Angriff auf Rojava ist auch ein klarer Angriff auf die Selbstbestimmung und Freiheit von Frauen.

Und er ist ein Angriff auf das Leben aller Kurd*innen. In Zürich leben tausende Zürcherinnen und Zürcher kurdischer und jesidischer Herkunft. Es sind unsere Nachbar*innen, unsere Arbeitskolleg*innen, unsere Freund*innen. Wir zeigen uns heute solidarisch mit Ihrer Trauer und Ihrer Wut.

Im Namen der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit fordern wir deshalb alle demokratischen Kräfte, allen voran den Stadtzürcher Stadtrat dazu auf, sich beim Bundesrat einzusetzen für:

1. Eine klare Verurteilung der Angriffe auf die kurdische Bevölkerung und die zivile Infrastruktur
2. Solidarität mit allen demokratischen Kräften Syriens
3. Einsatz für den Schutz der leidenden Zivilbevölkerung
4. Unterstützung bei Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen
5. Einsatz für eine menschenrechtsbasierte, griffige Sanktionspolitik
6. Unterstützung der lokalen demokratischen Strukturen
7. Keine Sistierung von Asylgesuchen von Kurd*innen in der aktuellen Situation; Stopp aller Wegweisung und angedrohten Ausschaffungen

5709. 2026/24

Erklärung der SVP-Fraktion vom 21.01.2026:

Verurteilung von linksradikaler Gewalt und Sachbeschädigung

Namens der SVP-Fraktion verliest Attila Kipfer (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Eskalierende Anti-WEF-Demo:

SVP fordert endlich eine harte Hand gegen die Linksradikalen

Die SVP nimmt mit Erschütterung und grossem Ärger davon Kenntnis, dass in der Stadt Zürich erneut eine linksradikale Demo eskaliert ist. Im Zuge einer bewilligten Anti-WEF-Demo ist es einmal mehr zu massiver Gewalt und grossen Sachbeschädigungen gekommen. Für die SVP ist klar: die Stadtpolizei muss solche Ausschreitungen zukünftig im Keim ersticken und die linksradikalen Chaoten müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Strassenblockaden, Petarden, Brandstiftung, eingeschlagene Schaufenster, illegale und hetzerische Parolen, Gewalt. Einmal mehr eskaliert am Montagabend in der Stadt Zürich eine linksradikale Demo. Für die SVP ist klar: das Mass ist endgültig voll. Die Stadtpolizei muss von den politischen Verantwortlichen endlich die nötige Rückendeckung erhalten, damit sie solche gewalttätigen und undemokratischen Ausschreitungen zukünftig wirksam unterbinden kann. Es gibt keinen Grund, weshalb bei Demonstrationen auch nur die geringsten Sachbeschädigungen, geschweige denn massive Gewaltausbrüche wie am Montagabend, toleriert werden.

Zurück zur Nulltoleranz

Es ist die linke Mehrheit im Gemeinderat, die seit Jahren jede Forderung seitens der bürgerlichen Parteien für eine Vergrösserung des Polizeikorps ablehnt. Es ist die linke Mehrheit im Gemeinderat, die mit ihrer polizei-feindlichen Haltung unsere Sicherheitskräfte an die kurze Leine nimmt und damit verhindert, dass diese ihren Job machen und die Bevölkerung wirksam schützen können. Und es ist die linke Mehrheit im Gemeinderat, die mit ihrer antikapitalistischen, hetzerischen Rhetorik die linksradikalen Chaoten zu solchen Ausschreitungen erst anstachelt. Es kann darauf nur eine Antwort geben: Nulltoleranz und hartes Durchgreifen.

Mehr Polizei für unsere Sicherheit

Die SVP fordert seit Jahren mehr Polizei und sieht sich durch die ungeheuren Vorkommnisse vom Montagabend in dieser Haltung bestätigt. Es braucht eine Aufstockung der Polizeikräfte, bessere Arbeitsbedingungen und vor Allem wieder mehr Wertschätzung für unsere Polizistinnen und Polizisten. Die SVP ist scho-

ckiert über das enorme Gewaltpotenzial der linksradikalen Chaoten. Wir fordern die Stadtregierung, insbesondere Stadtpräsidentin Corine Mauch und Polizeivorsteherin Karin Rykart dazu auf, die Ausschreitungen in aller Form und in der gebotenen Schärfe zu verurteilen.

G e s c h ä f t e

5710. 2026/5

**Postulat der GLP-, AL-, Grüne- und SP-Fraktion vom 07.01.2026:
Festlegung des Aufwands der Dienstabteilung Kultur auf mindestens zwei Prozent
des städtischen Gesamtaufwands sowie Verwendung der zusätzlichen Mittel für
die Kulturförderung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Yasmine Bourgeois (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5711. 2026/6

**Postulat von Leah Heuri (SP), Dr. Jonas Keller (SP) und Anna-Béatrice Schmalz
(Grüne) vom 07.01.2026:
Einführung eines Online-Gebärdensprachdolmetschdienstes an analogen
Schaltern**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5712. 2026/7

**Postulat von Patrik Brunner (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) vom 07.01.2026:
Zusätzliche Stellen für die verdeckte Fahndung zur Bekämpfung pädokrimineller
Aktivitäten im Internet und im Bereich der digitalen Ermittlungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Moritz Bögli (AL) stellt namens der AL-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5713. 2026/8

Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 07.01.2026:

Reduzierung der Elternbeiträge für die städtischen Ferien- und Semesterkurse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5714. 2026/9

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 07.01.2026: Gemeinschaftszentrum Riesbach, Verdoppelung der Veloabstellplätze und Ausrüstung mit einem Witterungsschutz

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5715. 2023/369

Weisung vom 17.12.2025:

Motion von Anna Graff und Moritz Bögli betreffend Pilotprojekt zur zahnmedizinischen Versorgung von Menschen mit geringem Einkommen, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2023/369.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Michele Romagnolo (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 104 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 22. Mai 2024 überwiesenen Motion, GR Nr. 2023/369, von Anna Graff (SP) und Moritz Bögli (AL) vom 12. Juli 2023 betreffend Pilotprojekt zur zahnmedizinischen Versorgung von Menschen mit geringem Einkommen wird um zwölf Monate bis zum 22. Mai 2027 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

5716. 2025/449

Weisung vom 01.10.2025:

Städtische Gesundheitsdienste, Arbeitsgemeinschaft für risikoarmen Umgang mit Drogen (Arud), Beiträge 2026–2029

Antrag des Stadtrats

Für die heroingestützte Behandlung von Schwerstsüchtigen wird dem Verein Arud für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 500 000.– bewilligt.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Nadina Diday (SP), Vizepräsidium

Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Christian Traber (Die Mitte), Präsidium; Florine Angele (GLP), Sandro Gähler (SP), Yves Henz (Grüne), Dafi Muharemi (SP), Yves Peier (SVP), Patrick Stählin (GLP), Deborah Wettstein (FDP), Susan Wiget (AL)
Abwesend: Murat Gediz (FDP), Thomas Hofstetter (FDP), Pascal Lamprecht (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die heroingestützte Behandlung von Schwerstsüchtigen wird dem Verein Arud für die Jahre 2026–2029 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 500 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. Januar 2026 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 30. März 2026)

5717. 2025/330

Weisung vom 20.08.2025:

Volksinitiative «Parkplatz-Kompromiss JA», Gültigkeit und Antrag auf Ablehnung

Antrag des Stadtrats

1. Die am 4. März 2025 eingereichte Volksinitiative «Parkplatz-Kompromiss JA» ist gültig.
2. Die Volksinitiative «Parkplatz-Kompromiss JA» wird abgelehnt.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Markus Knauss (Grüne), Präsidium

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. DieDer Volksinitiative «Parkplatz-Kompromiss JA» wird abgelehntzugestimmt.

Mehrheit:	Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Anna Graff (SP), Oliver Heimgartner (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL), Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Xenia Voellmy (GLP)
Minderheit:	Referat: Stephan Iten (SVP); Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Attila Kipfer (SVP) i. V. von Derek Richter (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung:	Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Oliver Heimgartner (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Attila Kipfer (SVP) i. V. von Derek Richter (SVP), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL), Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Xenia Voellmy (GLP)
-------------	---

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Anna Graff (SP), Oliver Heimgartner (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL), Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Xenia Voellmy (GLP)
Minderheit:	Referat: Stephan Iten (SVP); Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Attila Kipfer (SVP) i. V. von Derek Richter (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die am 4. März 2025 eingereichte Volksinitiative «Parkplatz-Kompromiss JA» ist gültig.
2. Die Volksinitiative «Parkplatz-Kompromiss JA» wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. Januar 2026 gemäss § 131 Abs. 3 in Verbindung mit § 155 des Gesetzes über die politischen Rechte

5718. 2025/409

Weisung vom 17.09.2025:

Departement der Industriellen Betriebe, Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende», Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Die Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende» wird abgelehnt.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Christian Häberli (AL)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

DieDer Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende» wird abgelehntzugestimmt.

Mehrheit:	Referat: Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Patrick Tscherrig (SP), Dominik Waser (Grüne)
Minderheit:	Referat: Christian Häberli (AL)
Enthaltung:	Stéphane Braune (FDP), Sebastian Vogel (FDP)
Abwesend:	Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Ursina Merkle (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP), Dominik Waser (Grüne)
 Minderheit: Referat: Christian Häberli (AL)
 Enthaltung: Stéphane Braune (FDP), Sebastian Vogel (FDP)
 Abwesend: Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Die Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende» wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. Januar 2026 gemäss § 131 Abs. 3 in Verbindung mit § 155 des Gesetzes über die politischen Rechte

5719. 2025/412

Weisung vom 17.09.2025:

Elektrizitätswerk, Realisierung und Erwerb von Grossbatteriespeicheranlagen, Rahmenkredit

Antrag des Stadtrats

1. Für die Realisierung und den Erwerb von Grossbatteriespeicheranlagen, für den Kauf oder die Erhöhung von Beteiligungen an Gesellschaften, die solche Grossbatteriespeicheranlagen halten, für die Gründung von Gesellschaften, die direkt oder indirekt solche Grossbatteriespeicheranlagen halten oder realisieren sowie für die Gewährung von Darlehen an solche Gesellschaften wird ein Rahmenkredit von Fr. 20 000 000.– bewilligt.
2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits entscheidet der Stadtrat.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Stéphane Braune (FDP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende neue Dispositivziffer 3:

3. Der Rahmenkredit ist ausschliesslich für Projekte mit Standort in der Schweiz zu verwenden.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Referat: Sibylle Kauer (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Stéphane Braune (FDP), Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Christian Häberli (AL), Markus Merki (GLP), Ursina Merkler (SP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)

Minderheit: Referat: Benedikt Gerth (Die Mitte)

Abwesend: Dominik Waser (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 109 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit: Referat: Stéphane Braune (FDP); Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Ursina Merkler (SP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)

Minderheit: Referat: Christian Häberli (AL)

Abwesend: Dominik Waser (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 110 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Realisierung und den Erwerb von Grossbatteriespeicheranlagen, für den Kauf oder die Erhöhung von Beteiligungen an Gesellschaften, die solche Grossbatteriespeicheranlagen halten, für die Gründung von Gesellschaften, die direkt oder indirekt solche Grossbatteriespeicheranlagen halten oder realisieren sowie für die Gewährung von Darlehen an solche Gesellschaften wird ein Rahmenkredit von Fr. 20 000 000.– bewilligt.
2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits entscheidet der Stadtrat.
3. Der Rahmenkredit ist ausschliesslich für Projekte mit Standort in der Schweiz zu verwenden.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. Januar 2026 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 30. März 2026)

5720. 2025/122

Postulat von Rahel Habegger (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne) und Matthias Renggli (SP) vom 26.03.2025:
Beitritt der Stadt zur Blue Community

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Rahel Habegger (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4446/2025).

Përparim Avdili (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 14. Mai 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 54 gegen 60 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5721. 2025/205

Interpellation von Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Dr. Frank Rühli (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 21.05.2025:

Stromausfall in Spanien, Risiko eines vergleichbaren Blackouts in der Schweiz, mögliche Auswirkungen auf die Stadt, Situation betreffend die mit Notstrom versorgbaren Gebäude, Lösungen zur Speicherung von elektrischer Energie, Entkoppelung des städtischen Stromnetzes und Möglichkeiten für Speicherkapazitäten zur Überbrückung eines Blackouts

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 3447 vom 29. Oktober 2025).

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

5722. 2025/113

Postulat von Dominique Späth (SP), Ursina Merkler (SP), Selina Walgis (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 19.03.2025:

Förderung der Geschlechterdiversität in Bezug auf die Wahl von verschiedenen Berufsfeldern und Studienrichtungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ursina Merkler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4424/2025).

Martina Zürcher (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 2. April 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 86 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5723. 2025/127

**Postulat von Stephan Iten (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 26.03.2025:
Asyl-Organisation Zürich (AOZ), Verzicht auf Essenslieferungen bei Unterkünften
mit bestehenden Küchen und Zulassung sämtlicher Caterings bei Ausschreibun-
gen für Unterkünfte ohne Küchen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Stephan Iten (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4451/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Ronny Siev (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das AOZ bei Unterkünften mit bestehenden Küchen auf Catering für Essenslieferungen verzichtet ~~und bei Unterkünften ohne Küchen bei der Ausschreibung von Catering Services nicht nur die «fachlich bestens ausgewiesenen» Unternehmen bewerben lässt.~~

Stephan Iten (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 25 gegen 90 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5724. 2025/139

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 02.04.2025:
Kinderhütendienst «Tammy's Daycare Center», Erteilung einer Betriebsbewilligung,
die nicht auf der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der
Stadt Zürich (VO KB) basiert**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Michele Romagnolo (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4490/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 11 gegen 100 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5725. 2025/186

**Postulat von Reto Brüesch (SVP), Michele Romagnolo (SVP), Sandra Gallizzi (EVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 14.05.2025:
Gerechtere und koordiniertere Verteilung der Asylsuchenden auf die
Stadtquartiere**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4594/2025).

Luca Maggi (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 4. Juni 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 53 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5726. 2026/25

Motion von Nadina Diday (SP), Tanja Maag (AL) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 21.01.2026:

Projektierungskredit für eine umfassende Neugestaltung des Hegibachplatzes im Sinne eines echten Quartierzentrums

Von Nadina Diday (SP), Tanja Maag (AL) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) ist am 21. Januar 2026 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Projektierungskredit zur umfassenden Neugestaltung des Hegibachplatzes zu unterbreiten. Ziel ist es, den Hegibachplatz als heutigen Verkehrsknotens in ein echtes Quartierzentrum umzugestalten, das hohe Verkehrssicherheit mit Aufenthaltsqualität verbindet. Dieser Prozess soll unter partizipativer Mitwirkung der Bevölkerung erfolgen.

Begründung:

Der Hegibachplatz ist heute ein Ort des Transits. Er lädt nicht zum Verweilen ein; wer hier steht, möchte meist nur queren oder mit dem öffentlichen Verkehr wegfahren. Die Querung der Forchstrasse gleicht einem Spiessrutenlauf durch eine asymmetrische Gemengelage aus Individualverkehr, Trams, der Forchbahn, Bussen sowie dem Velo- und Fussverkehr. Besonders prekär ist die Lage für die zahlreichen Schulkinder, die den Knotenpunkt täglich queren müssen, um zu ihrem jeweiligen Schulhaus zu gelangen. Für sie stellt die unübersichtliche Verkehrssituation eine täglich wiederkehrende Gefahrenquelle dar. Diese Situation hat sich durch die veränderte Verkehrsführung am Kreuzplatz und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs für den Spitalcluster Lengg noch verschärft. Es überrascht daher kaum, dass der Platz inzwischen zu den Unfall-Hotspots der Stadt zählt.

Ein zentrales Problem sind die engen Wendemanöver der Buslinien 31, 33 und 77. Die engen Kurven fordern die Chauffeurinnen und Chauffeure, gefährden Velofahrer*innen und Fussgänger*innen und blockieren regelmässig den Verkehrsfluss. Um diesen Knoten zu lösen, drängt sich eine Entflechtung auf: Es ist zu prüfen, ob die beiden platzbeanspruchenden Perrons der Linie 77 und 31 aufgehoben und ihre Haltestellen zu den bestehenden Aussenhaltestellen an der Hegibach- und der Neumünsterstrasse verlegt sowie die Haltestelle der Linie 31 Richtung Stadt an die Forchstrasse verschoben werden können. Damit könnte die Aussenhaltestelle an der Drahtzugstrasse aufgehoben werden. Dies hätte gleich zwei Vorteile: Die Verkehrssituation würde entwirrt, ohne die Gleisführung antasten zu müssen. Gleichzeitig entstünden auf dem Platz grosszügigere Freiflächen, die dem Quartier endlich den nötigen Raum für Begegnung und Verweilen geben. Eine neue Verkehrsampel an der Forchstrasse wäre dafür notwendig, befindet sich aber ohnehin bereits in Planung. Schliesslich bedarf auch die Veloplanung eines Realitätsabgleichs. Die heutige Führung im Richtplan über die steile Neumünsterstrasse ignoriert das tatsächliche Verhalten der Velofahrer*innen, die fast ausnahmslos die weniger ansteigenden Routen über die Hammer- und Drahtzugstrasse wählen. Eine Anpassung des Richtplans würde diese gelebte Mobilität endlich formal anerkennen und absichern.

Die Neugestaltung erfolgt unter frühzeitiger und inklusiver Einbindung der Öffentlichkeit. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Konsultation von Fachorganisationen für Menschen mit Behinderungen, um eine echte Teilhabe am öffentlichen Raum zu gewährleisten.

Wir sind uns bewusst, dass diese Neugestaltung Zeit braucht. Wir begrüssen es daher ausdrücklich, dass die Stadt die Aufenthaltsqualität am Hegibachplatz bereits jetzt und auch zukünftig durch gezielte Sofortmassnahmen Stück für Stück steigert.

Mitteilung an den Stadtrat

5727. 2026/26

**Postulat der AL-, Grüne-, SP- und GLP-Fraktion vom 21.01.2026:
Umsetzung der Massnahme zu den Quartierblöcken gemäss Kommunalem
Richtplan im von Luggweg-, Badener- und Hohlstrasse eingefassten Viertel
auf das Ende der Bauarbeiten im Bereich Saumacker-/Baslerstrasse**

Von der AL-, Grüne-, SP- und GLP-Fraktion ist am 21. Januar 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Massnahme 4 des Abschnitts 5.4 des kommunalen Richtplans Verkehr im von Luggweg-, Badener- und Hohlstrasse eingefassten Viertel auf das Ende der Bauarbeiten im Bereich Saumacker-/Baslerstrasse umgesetzt werden kann.

Begründung:

Im Kommunalen Richtplan Verkehr ist im Kapitel zum Motorisierten Individualverkehr als Massnahme 4 verbindlich festgehalten:

Die Stadtquartiere sind in kleinere Quartierblöcke aufzuteilen. Diese Quartierblöcke richten sich am Verlauf der überkommunalen Strassen aus. Innerhalb dieser Quartierblöcke ist der quartierfremde motorisierte Individualverkehr grundsätzlich verboten. Ausnahmen gelten für Zubringerdienste und Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Die Einfahrt in einen Quartierblock hat möglichst von der nächsten Quartierblockgrenze her zu erfolgen.

Die Bestimmung wurde mit dem Bauprojekt Saumacker-/Baslerstrasse (Nr. 08165) nicht umgesetzt. Weil sich mit dem Projekt gleichwohl eine Verbesserung der verkehrlichen Situation, der Aufenthaltsqualität und der Hitzeminderung ergibt, und um die erheblichen und zeitkritischen Synergien mit dem Bau der Fernwärmeleitungen in diesem Gebiet zu nutzen, wird das Projekt von den Fraktionen, welche dieses Postulat einreichen, gleichwohl unterstützt.

Die verbindliche Aufgabe zur Schaffung von Quartierblöcken lässt sich auch ohne Bauprojekt durch verkehrliche Anordnungen und Möblierung erreichen. Die Umsetzung dieser Massnahmen soll im ganzen Perimeter des Quartierblocks, welcher über den Bereich des Bauprojekts hinaus geht, umgesetzt werden, und prioritär angegangen werden.

Mitteilung an den Stadtrat

5728. 2026/27

**Postulat von Stefan Reusser (EVP), Angelica Eichenberger (SP) und Reto Brüesch (SVP) vom 21.01.2026:
Schwimmende Molen der Marina Tiefenbrunnen, Nutzung für die Lagerbedürfnisse der Wasserschutzpolizei**

Von Stefan Reusser (EVP), Angelica Eichenberger (SP) und Reto Brüesch (SVP) ist am 21. Januar 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die schwimmenden (und hohlen) Molen, der Marina Tiefenbrunnen für die Lagerbedürfnisse der Wasserschutzpolizei genutzt werden können.

Begründung:

In der Beratung der Marina Tiefenbrunnen, wurde die Idee von der Verwaltung lanciert, dass die Innenräume der Molen als Lager genutzt werden können. Zu einem Teil der Hauptnutzung der WaPo Tiefenbrunnen gehört die Lagerung von Ölwehr- und Schwemmholzsperrmaterial. Durch das Verschieben der Lagerkapazität in die Mole, kann wertvoller Freiraum am See gewonnen werden und das Raumprogramm der WaPo deutlich reduziert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

5729. 2026/28

Postulat von Micha Amstad (SP), Anna Graff (SP) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 21.01.2026:

Pilotprojekt für die Einführung einer 35-Stunden-Woche, verstärkte Einbindung der Personalverbände

Von Micha Amstad (SP), Anna Graff (SP) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) ist am 21. Januar 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Personalverbände im weiteren Prozess zur Erfüllung der Motion GR Nr. 2022/287 zielführend und unter Einhaltung der erstreckten Frist verstärkt eingebunden werden können. Damit soll eine effektive Mitwirkung der Personalvertretungen sichergestellt werden.

Begründung:

Das bisherige Vorgehen seitens Stadtrat zur Umsetzung der genannten Motion ist intransparent. Dies ist bei einer Motion, welche in solch grossem Masse für das städtische Personal relevant ist, weder tragbar noch zielführend. Einerseits verpflichtet sich die Stadt im Personalrecht selbst, ebensolche personalpolitisch relevanten Themen sozialpartnerschaftlich zu lösen – der effektive Miteinbezug des Personals und ihrer Personalverbände als Verhandlungspartner ist daher unabdingbar. Andererseits verfügen die Personalverbände aufgrund ihrer Tätigkeiten in personellen und organisatorischen Fragen über vertieftes Knowhow, sie sind nahe am Personal und können dessen Interessen zielführend einbringen. Dementsprechend ist es zentral, die Personalverbände möglichst eng in den weiteren Prozess zur Umsetzung der Motion miteinzubeziehen.

Die verstärkte Einbindung der Personalverbände kann beispielsweise mittels einer Begleitgruppe, welche über den gesamten weiteren Prozess eingesetzt wird, sichergestellt werden. Eine solche Begleitgruppe wäre regelmässig über den aktuellen Stand der Entwicklungen zu informieren und deren Rückmeldungen wären einzuholen. Klar ist, dass eine blosser Einladung der Personalverbände zur Vernehmlassung nach der Ausarbeitung der neuen Rechtsgrundlage nicht ausreichend ist.

Mitteilung an den Stadtrat

5730. 2026/29

Postulat von Florian Utz (SP), Lisa Diggelmann (SP) und Dr. Mathias Egloff (SP) vom 21.01.2026:

Einrichtung einer direkten Buslinie für die Quartiere Rütihof und Riedhof über den Bahnhof Altstetten Richtung Letzipark, Letzigrund und Sihlcity

Von Florian Utz (SP), Lisa Diggelmann (SP) und Dr. Mathias Egloff (SP) ist am 21. Januar 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er dafür sorgen kann, dass die Quartiere Rütihof und Riedhof so rasch wie möglich wieder eine direkte Buslinie über den Bahnhof Altstetten hinaus zu Letzipark, Letzigrund und Sihlcity erhalten. Die Buslinie soll dabei zu den Hauptverkehrszeiten im 7.5-Minuten-Takt fahren.

Begründung:

Seit dem letzten Fahrplanwechsel – also dem 14. Dezember 2025 – fährt die Buslinie 89 nicht mehr in den Rütihof und den Riedhof in Zürich-Höngg, sondern nach Unterengstringen. Viele Menschen im Rütihof und im Riedhof empfinden die neue Linienführung als deutlichen Leistungsabbau, da sie die Direktverbindung nach Letzipark, Letzigrund (mit kurzem Fussmarsch) und Sihlcity verlieren.

Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass 1'771 Personen eine Petition gegen den Abbau des öffentlichen Verkehrs im Rütihof und im Riedhof unterschrieben haben. Diese Menschen verdienen es, gehört zu werden. Deshalb soll der Stadtrat prüfen, wie er bei den dafür zuständigen Gremien dafür sorgen kann, dass die

Quartiere Rütihof und Riedhof wieder eine direkte öV-Verbindung zu Letzipark, Letzigrund und Sihlcity erhalten können. Selbstverständlich soll die entsprechende Buslinie zu den Hauptverkehrszeiten wie heute der 78er im 7.5-Minuten-Takt fahren.

Diese Forderung ist umso mehr gerechtfertigt, als nicht «nur» die Quartierbevölkerung eine Verbesserung der Tangentiallinien fordert, sondern auch die Strategie der VBZ selber. So hält die vom Stadtrat beschlossene VBZ-Netzentwicklungsstrategie 2040 fest, dass die «Schaffung von attraktiven tangentialen Verbindungen» hohe Priorität hat; sie wird im Strategiepapier beim eruierten Handlungsbedarf sogar an allererster Stelle genannt. Diesen Worten müssen nun Taten folgen.

Mitteilung an den Stadtrat

5731. 2026/30

Postulat von Micha Amstad (SP), Pascal Lamprecht (SP) und Sofia Karakostas (SP) vom 21.01.2026:

Verhinderung des nachteiligen Parkregimes für die Mitarbeitenden des Flughafens Zürich

Von Micha Amstad (SP), Pascal Lamprecht (SP) und Sofia Karakostas (SP) ist am 21. Januar 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt Zürich als Miteigentümerin der Flughafen Zürich AG ihren Einfluss nutzen kann, den Wechsel zum neuen, für die Flughafenmitarbeitenden klar nachteiligen, Parkregime am Flughafen Zürich zu verhindern. Zudem soll der Stadtrat dafür sorgen, dass die Veloparkplätze gebührenfrei angeboten werden.

Begründung:

Die Stadt Zürich ist Miteigentümerin des Flughafens Zürich. Als solche profitiert sie von den Gewinnen, welche durch den Betrieb erzielt werden. 2024 wurde ein Rekordgewinn von 327 Millionen Franken erzielt.

Trotz der guten finanziellen Situation optimiert die Flughafen Zürich AG den Gewinn weiter auf dem Buckel der Mitarbeitenden. Mit einem neuen Parkregime sollen per 1. Mai 2026 die Parkgebühren für Angestellte erhöht und gleichzeitig bestehende Parkbedingungen deutlich verschlechtert werden. Dabei geht es der Flughafen Zürich AG explizit nicht darum, Parkplätze einzusparen. Im Gegenteil sollen die Auslastung optimiert und damit die Rentabilität optimiert werden.

Die Arbeit am Flughafen Zürich ist körperlich und psychisch anspruchsvoll und erfolgt häufig im Schichtbetrieb. Viele Mitarbeitende im Luftverkehr verdienen dabei nur knapp 4'000 Franken pro Monat. Aufgrund der Arbeitszeiten sind sie vielfach auf das Auto angewiesen. Bereits heute bezahlen Mitarbeitende nicht selten über 130 Franken pro Monat für einen Parkplatz.

Bislang bestanden zumindest gewisse Vorteile, etwa die Möglichkeit, das Fahrzeug zehn Tage auf dem eigens bezahlten Parkplatz stehen zu lassen. Diese Regelung soll nun gestrichen werden. Neu sollen Mitarbeitende auf den von ihnen teuer bezahlten Parkplätzen maximal noch 36 Stunden parkieren dürfen. In einigen Personal- und Parkkategorien werden die Parkplätze gleichzeitig sogar noch bis zu 30% teurer.

Besonders stossend ist, dass diese einschneidenden Änderungen ohne vorgängige Gespräche mit den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden im Luftverkehr beschlossen wurden. Die FZAG hat die Verschlechterung der Parkbedingungen einseitig verfügt. Die Mitarbeitenden sollen künftig mehr bezahlen, erhalten dafür aber weniger Leistung. Die ohnehin schon dürftigen Arbeitsbedingungen werden durch das Vorgehen der FZAG weiter verschlechtert.

Die Stadt Zürich muss als Miteigentümerin ihre Verantwortung gegenüber dem Personal wahrnehmen und sich dafür einsetzen, dass der Wechsel zum neuen Parkregime verhindert wird und sozialpartnerschaftlich Lösungen gefunden werden. Damit sollen nicht die Anzahl Parkplätze am Flughafen verteidigt, sondern die ohnehin schon schlechten Arbeitsbedingungen nicht weiter verschlechtert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

5732. 2026/31**Postulat von Johann Widmer (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 21.01.2026:
Personaldienstbarkeiten zugunsten der Stadt auf den Parzellen der Siedlung
Hardhof-Dörfli, einheitliche und rechtsgleiche Anwendung in der gesamten
Siedlung**

Von Johann Widmer (SVP) und Reto Brüesch (SVP) ist am 21. Januar 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass die auf den Parzellen der Siedlung Hardhof-Dörfli in Zürich-Altstetten bestehenden Personaldienstbarkeiten zugunsten der Stadt Zürich, welche die bauliche Nutzung auf Einfamilienhäuser beschränken, in der gesamten Siedlung einheitlich und rechtsgleich angewendet werden. Ziel ist eine sachgerechte und faire Behandlung aller betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer.

Insbesondere ist darzulegen:

- Nach welchen Kriterien in der Vergangenheit bei einzelnen Grundstücken innerhalb der Siedlung eine Löschung oder Lockerung dieser Personaldienstbarkeit vorgenommen wurde.
- Weshalb in den Jahren 2005 (Parzelle AL 3850) und 2006 (Parzelle AL 3849) bei zwei im Eigentum der Stadt stehenden Grundstücken im Zuge des Verkaufs an Private die Baubeschränkung gelöscht wurde.
- Ob diese Praxis mit der heutigen Handhabung gegenüber weiterhin belasteten privaten Grundstücken vereinbar ist.
- Ob der ursprüngliche Zweck der Personaldienstbarkeit für die gesamte Siedlung Hardhof-Dörfli noch besteht oder als überholt beurteilt werden kann.
- Ob es vor dem Hintergrund der städtischen Zielsetzungen zur Innenentwicklung und Innenverdichtung angezeigt ist, die Baubeschränkung entweder für die gesamte Siedlung aufzuheben oder konsequent für alle Grundstücke gleichermassen beizubehalten.

Begründung:

In der Siedlung Hardhof-Dörfli besteht eine Personaldienstbarkeit zugunsten der Stadt Zürich, welche auf mehreren Grundstücken die Erstellung von Bauten auf Einfamilienhäuser beschränkt. Diese Dienstbarkeit wurde ursprünglich im Jahr 1924 für eine einheitliche Siedlungsstruktur errichtet und betrifft Grundstücke in vergleichbarer Lage.

In den Jahren 2005 (Parzelle AL 3850) und 2006 (Parzelle AL 3849) verkaufte die Stadt Zürich zwei ihrer eigenen Grundstücke in dieser Siedlung an Privatpersonen und löschte dabei gleichzeitig die bestehende Baubeschränkung. Für die übrigen Grundstücke innerhalb derselben Siedlung gilt die Dienstbarkeit jedoch selbst nach Verkäufen weiterhin unverändert.

Diese unterschiedliche Behandlung wirft gewichtige Fragen der Rechtsgleichheit, der Zweckbindung privatrechtlichen Verwaltungshandelns sowie der Glaubwürdigkeit städtischer Planungs- und Verdichtungs politik auf. Besonders stellt sich die Frage, weshalb eine Löschung der Baubeschränkung bei städtischen Grundstücken möglich war, während private Eigentümer weiterhin an dieselbe Einschränkung gebunden bleiben.

Vor dem Hintergrund der städtischen Zielsetzungen zur haushälterischen Bodennutzung, zur Innenverdichtung und zur qualitativen Weiterentwicklung bestehender Quartiere erscheint eine selektive Beibehaltung historischer Baubeschränkungen ohne gesamtheitliches Konzept nicht mehr zeitgemäss.

Das Postulat soll klären, ob die bisherige Praxis sachlich gerechtfertigt ist oder ob eine generelle und rechtsgleiche Lösung für die gesamte Siedlung Hardhof-Dörfli angezeigt wäre in Anbetracht von weiteren Landhandelsgeschäften durch die Stadt Zürich.

Mitteilung an den Stadtrat

5733. 2026/32**Postulat von Derek Richter (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 21.01.2026:
Weiterführung der Quartierwachen Altstetten und Wiedikon nach der Eröffnung
des Stützpunkts West der Stadtpolizei**

Von Derek Richter (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 21. Januar 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die beiden Quartierwachen Altstetten und Wiedikon auch nach der Eröffnung des Stützpunkt West der Stadtpolizei weiterhin bestehen bleiben können.

Begründung:

Trotz der Eröffnung eines neuen Hauptstützpunkts ist es essenziell, dass die beiden bestehenden Quartierwachen erhalten bleiben, um die Effektivität und Akzeptanz der Polizeiarbeit in der lokalen Bevölkerung zu gewährleisten. Quartierwachen ermöglichen eine niederschwellige Anlaufstelle für Bürger, die schnelle und unkomplizierte Hilfe suchen.

Im Gegensatz zum zentralen Hauptstützpunkt, der eher für koordinierte Einsätze und administrative Aufgaben konzipiert ist, bieten die Quartierwachen eine direkte, barrierearme Möglichkeit, Alltagsprobleme wie Nachbarschaftsstreitigkeiten oder kleinere Delikte vor Ort zu melden. Dies reduziert bürokratische Hürden und fördert eine proaktive Zusammenarbeit zwischen Polizei und Gemeinde. Zudem tragen die Quartierwachen massgeblich zur Umsetzung einer bürgernahen Polizei bei. Durch ihre dezentrale Lage in den Wohnvierteln können Polizeibeamte engeren Kontakt zur Bevölkerung pflegen, Präventionsarbeit leisten und Vertrauen aufbauen.

Der Hauptstützpunkt mag Ressourcen bündeln und für grössere Operationen effizienter sein, doch ohne die lokalen Wachen würde die Polizei als fern und unnahbar wahrgenommen werden, was die Akzeptanz und Wirksamkeit der gesamten Sicherheitsstruktur mindern könnte. Schliesslich gewährleisten die Quartierwachen eine schnellere Reaktionszeit in sensiblen Bereichen, ergänzen den Hauptstützpunkt optimal und verhindern eine Überlastung desselben. Der Erhalt der beiden Wachen ist daher nicht nur kosteneffizient, sondern stärkt langfristig die öffentliche Sicherheit und das Gemeinschaftsgefühl.

Mitteilung an den Stadtrat

5734. 2026/33

Globalbudgetantrag von Dr. Florian Blättler (SP) und Tanja Maag (AL) vom 21.01.2026:

Globalbudget ewz, Einführung einer neuen Steuergrösse «Menge der innerhalb der Schweiz produzierten Energie aus neuen erneuerbaren Energiequellen in GWh»

Von Dr. Florian Blättler (SP) und Tanja Maag (AL) ist am 21. Januar 2026 folgender Globalbudgetantrag eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er aufs Budget 2027 im Globalbudget ewz, Produktgruppe 1 eine neue Steuergrösse «Menge der innerhalb der Schweiz produzierten Energie aus neuen erneuerbaren Energiequellen in GWh» einführen kann.

Begründung:

ewz produziert grosse Mengen an elektrischer Energie aus neuen erneuerbaren Energiequellen, jedoch zu einem Grossteil in Nordeuropa. Diese Investitionen leisten einen wichtigen Beitrag zur Dekarbonisierung der globalen Energieproduktion. Mittelfristig ist es aber unumgänglich, dass auch das Potential im Inland genutzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

5735. 2026/34

**Jugendvorstoss von Benno Weniger und Sofija Savic vom 05.12.2025:
Jugendfestival in der Stadt Zürich**

Am 5. Dezember 2025 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Benno Weniger und Sofija Savic eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der Stadt Zürich mindestens 4-mal pro Jahr ein Jugendfestival (Jugendliche von 12 bis 18 Jahren) durchgeführt werden kann. Das Festival soll folgendes enthalten:

- Internationale Essensstände
- Attraktionen
- Fahrgeschäfte
- Musik
- Stände, unter anderem geführt von Jugendlichen (Jugendstände)
- Dekoration

Das Festival soll Jugendlichen zwischen 12 bis 18 Jahre vorbehalten sein. Dabei sollen Attraktionen, wie Fahrgeschäfte oder das Verpflegungsangebot zu Preisen angeboten werden, welche für Jugendliche bezahlbar sind.

Begründung:

In der Stadt Zürich finden jedes Jahr hunderte von Anlässen und Veranstaltungen statt. Dabei ist das Angebot, welches Jugendlichen vorbehalten ist, beschränkt. Anlässe, wie das Knabenschiessen oder andere Festivals sind für Jugendliche oft zu teuer oder nur in Begleitung von Erwachsenen möglich.

Mit der Schaffung eines jährlich mehrmals stattfindenden Jugendfestivals soll es Jugendlichen ermöglicht werden, zu bezahlbaren Preisen an einem solchen Anlass teilzunehmen.

Der Stadtrat könnte zum Beispiel die Schaffung eines Vereins «Jugendfestival» prüfen, welcher durch die direkte Mitwirkung von Jugendlichen und Jugendorganisationen mit der Planung und Organisation eines solchen Festivals beauftragt wird. Damit die Angebote zu niederschweligen Preisen erhältlich sind, soll auf die Erhebung von Gebühren und Standmieten verzichtet werden. Im Gegenzug sollen die Anbieter*innen verpflichtet werden, ihre Angebote zu günstigen Preisen (z.B. zwischen CHF 00.00 bis CHF 10.00) anzubieten.

Mitteilung an den Stadtrat

5736. 2026/35

Jugendvorstoss von David Djurakovic und Adam Stavinocha vom 05.12.2025: Zürcher Jugendpass

Am 5. Dezember 2025 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch David Djurakovic und Adam Stavinocha eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie ein Jugendpass geschaffen werden kann, der Jugendlichen bis 19 Jahren einen vergünstigten Zugang zu städtischer Kultur, Sport und Freizeitangeboten ermöglicht. Der Pass soll wenn möglich auch private Anbieter mit einbeziehen. Der Pass soll monatlich oder jährlich gelöst werden können. Jugendliche, welche Eltern eine Kulturlegi besitzen, sollen 50% Rabatt für den Pass erhalten.

Begründung:

Die finanziellen Mittel Jugendlicher sind begrenzt, der Jugendpass ermöglicht auch Jugendlichen mit Eltern welche wenig Geld haben Freizeitaktivitäten zu machen. Die Stadt Zürich wird dadurch beliebter bei den Jugendlichen. Für Jugendliche bietet der Jugendpass die Möglichkeit neue Erfahrungen, Erlebnisse und Erinnerungen mit Freund*innen zu sammeln. Dadurch nutzen die Jugendlichen die Aktivitäten in der Stadt Zürich und können so Freizeitaktivitäten mit weniger Handy verbinden.

Der Pass könnte städtische Angebote (Badi, Schlittschuhlaufen), städtisch subventionierte Angebote (Stadt-feste, Kinos, Theater, Museum, Zoo Zürich und Fussballevts) wie auch private Angebote (Alpamare, Restaurants und TakeAway, Skillzpark, Adventurearena, Bodaboard, Eishockeyspiele, Boulderhallen) enthalten. Möglich Option wäre auch einen Basispass mit Zusatzoptionen für spezifische Interessen.

Mitteilung an den Stadtrat

5737. 2026/36

Jugendvorstoss von Jeremy Ruoss und Uwais Pepic vom 05.12.2025: Öffentlicher Verkehr, Kapazitätsausbau und verbesserte Sauberkeit

Am 5. Dezember 2025 ist folgender Jugendvorstoss, vertreten durch Jeremy Ruoss und Uwais Pepic eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Kapazität des öffentlichen Verkehrs, insbesondere der Busse, während der Stosszeiten ausgebaut und der öffentliche Verkehr insgesamt beschleunigt werden kann. Weiteres gilt zu prüfen, wie die Sauberkeit und Hygiene in den Fahrzeugen verbessert werden kann.

Begründung:

Der öffentliche Verkehr ist in der Stadt Zürich stark überlastet, oftmals gibt es keine Sitzplätze oder der Bus so voll ist, dass man auf den nächsten warten muss. Dies führt zu Stress im Alltag was sich negativ auf das Wohlbefinden der Menschen auswirkt. In den Bussen ist es oft schmutzig, was sich auch auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Passagiere auswirkt.

Deshalb wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen wie die Kapazität zu Stosszeiten mit mehr Fahrzeugen rasch erhöht werden kann und der öffentliche Verkehr beschleunigt werden kann. Dabei sollen womöglich separate Busspuren geschaffen werden. Zudem ist zu prüfen, ob das Angebot auf besonders stark frequentierten Teilstrecken ausgebaut werden kann. Weiteres zu prüfen wie die Abfallentsorgung verbessert werden kann, beispielsweise durch mehr Reinigungspersonal und mehr Abfallbehälter.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion, die sieben Postulate, der Globalbudgetantrag und die drei Jugendvorstösse werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

5738. 2026/37

Schriftliche Anfrage von Stefan Reusser (EVP), Ruedi Schneider (SP), Tanja Maag (AL) und 9 Mitunterzeichnenden vom 21.01.2026:

Psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen, Einschätzung der Situation, Daten zur psychischen Gesundheit, Massnahmen der Verwaltung, Hintergründe zu den Wartezeiten der Jugendberatung und Angebot im Freizeit- und Sozialbereich sowie rechtzeitige Unterstützung von besonders vulnerablen Gruppen

Von Stefan Reusser (EVP), Ruedi Schneider (SP), Tanja Maag (AL) und 9 Mitunterzeichnenden ist am 21. Januar 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Viele Jugendliche sind psychisch belastet und benötigen Hilfe.

Die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen ist in der Schweiz deutlich unzureichend. Ein frühzeitiges Erkennen und eine adäquate Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in Krisen ist entscheidend, um langfristige negative Auswirkungen durch chronische Verläufe von psychischen Erkrankungen zu verhindern. Eine schweizweite Befragung aus dem Jahr 2024 zeigt jedoch, dass insbesondere die Kinder- und Jugendpsychiatrie stark unter Druck steht: 71% der befragten Fachärzt*innen für Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie -psychotherapie machen eine Unterversorgung in ihrem Fachgebiet aus. Gleichzeitig geben lediglich 31% an, Kindern und Jugendlichen innerhalb der medizinisch empfohlenen Frist einen Termin anbieten zu können. Der schulpsychologische Dienst gibt immer wieder die Rückmeldung, dass er am Anschlag ist. Die Jugendarbeitsstellen geben ebenfalls an, dass sie immer öfters mit psychisch belasteten Jugendlichen konfrontiert sind und diese wegen Ressourcen- und Therapieplatzmangel nicht mehr triagieren können. Diese Situation verdeutlicht den dringenden Bedarf an frühzeitiger Unterstützung und einer gezielten Stärkung der Angebote für psychisch belastete Kinder und Jugendliche. Die Gesundheitsdirektion Kanton Zürich ist grundsätzlich zuständig für die psychiatrische Versorgung im ganzen Kanton. Die Stadt Zürich ist in der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung nur subsidiär aktiv. In dieser akuten Situation gilt es jedoch auf städtischer Ebene entschlossen zu handeln, um die Situation für die Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Der Gemeinderat hat dazu bereits mehrere Vorstösse überwiesen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie schätzt der Stadtrat die aktuelle psychische Belastung von Jugendlichen in der Stadt ein? Welche Entwicklungen sind in den letzten fünf Jahren festzustellen?
2. Über welche quantitativen und qualitativen Daten (z. B. Fallzahlen, Wartezeiten, Altersgruppen, Problemlagen) verfügt die Stadtverwaltung zur psychischen Gesundheit von Jugendlichen, und wie werden diese Daten departementsübergreifend genutzt?

3. Wie reagiert die Stadtverwaltung auf die angespannte Situation? Welche kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen wurden bereits ergriffen oder sind geplant?
4. Der Stadtrat hat 2022 darüber informiert, dass es aufgrund der hohen Nachfrage der Jugendberatung der Sozialen Dienste zu Wartezeiten kam.
 - a. Wie hat sich die Nachfrage für die Jugendberatung in den letzten fünf Jahren entwickelt? Bitte entsprechende Kennzahlen angeben.
 - b. Wie haben sich die Wartezeiten in dieser Zeit entwickelt? Bitte konkrete Kennzahlen angeben.
 - c. Wie wurde auf die entsprechende Nachfrage reagiert? Wurde das Angebot ausgebaut und ist ein Ausbau des Beratungsangebots geplant?
 - d. Wie hat sich die eingeführte Notfallsprechstunde entwickelt?
 - e. Was wird unternommen, damit das Angebot für Jugendliche niederschwellig und ohne Hürden zu erreichen ist? Sind weitere Massnahmen dafür geplant?
5. Aktuell warten zahlreiche Kinder und Jugendliche auf einen Therapieplatz. Nicht nur die Jugendlichen, auch Eltern, Schulpersonal und Bezugspersonen benötigen Unterstützung, um den Kindern und Jugendlichen in dieser Situation gerecht zu werden.
 - a. Mit welchen Massnahmen wird das Schulpersonal unterstützt, um der erhöhten Anzahl Jugendlicher, die auf einen Therapieplatz warten, gerecht zu werden?
 - b. Wie werden Eltern und Bezugspersonen in dieser Situation konkret unterstützt?
6. Welche Angebote bestehen im Freizeit- und Sozialbereich der Stadt (z. B. offene Jugendarbeit, Jugendzentren, niederschwellige Beratungsangebote), um präventiv oder intervenierend auf psychische Belastungen von Jugendlichen zu reagieren?
 - a. Wie stark werden diese Angebote aktuell beansprucht?
 - b. Sind Ausbau oder neue Angebote vorgesehen?
 - c. Wie werden die Zugänglichkeit und Erreichbarkeit der Angebote sichergestellt und verbessert?
7. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulpsychologischem Dienst, Schulsozialarbeit, Jugendarbeit, Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie externen Therapeut*innen organisiert? Wo sieht der Stadtrat Lücken oder Verbesserungsbedarf?
8. Hält der Stadtrat die Schaffung eines niederschweligen, schulnahen Beratungsangebots im Bereich Schulpsychologie bzw. eines umfassenden Ausbaus der bestehenden Strukturen – analog zur Schulsozialarbeit – für sinnvoll?
 - a. Welche Chancen und Risiken sehen die Departemente in einem derartigen Modell?
 - b. Wurde ein entsprechendes Angebot bereits geprüft oder pilotiert?
9. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass besonders vulnerable Gruppen (z. B. Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien oder mit Mehrfachbelastungen) rechtzeitig Zugang zu Unterstützung erhalten?

Mitteilung an den Stadtrat

5739. 2026/38

Schriftliche Anfrage von Pascal Lamprecht (SP), Ivo Bieri (SP), Marco Denoth (SP) und 20 Mitunterzeichnenden vom 21.01.2026:

Förderung des Gewerbes in der Stadt, Gewerbeförderungsstrategie, Instrumente zur Sicherung geeigneter Gewerbeflächen, Massnahmen zur Verbesserung der Erreichbarkeit, Optimierungen bei Bewilligungs- und Verwaltungsprozessen und Spielräume im öffentlichen Beschaffungswesen sowie Einbezug bei wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen

Von Pascal Lamprecht (SP), Ivo Bieri (SP), Marco Denoth (SP) und 20 Mitunterzeichnenden ist am 21. Januar 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Gewerbe in der Stadt Zürich trägt wesentlich zur wirtschaftlichen Stabilität und Prosperität sowie zur Versorgungssicherheit bei. Zudem hängen zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze davon ab. Gerade kleinere und mittlere lokale Betriebe leisten schliesslich einen wichtigen Beitrag zum Stadtleben und prägen die Quartiere.

Gemäss Firmenbefragung 2025 (Firmenbefragung 2025 | Stadt Zürich) bleibt die Gesamtzufriedenheit hoch. Als grösste Schwächen werden jedoch insbesondere Immobilien, Verkehr und Preisniveau genannt. Es stellen sich deshalb Fragen, mit welchen konkreten Massnahmen das in der Stadt Zürich ansässige Gewerbe kurz-, mittel- und langfristig gefördert und gestärkt werden kann.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Die Gewerbestudie 2025 liefert eine statistische Grundlage zur Bedeutung und Entwicklung des Gewerbes. Zudem stützt sich der Stadtrat zur Standortentwicklung auf übergeordnete Strategien sowie auf thematische Fachstrategien (u.a. City-Logistik, städtische Gewerbeobjekte). Verfügt die Stadt Zürich darüber hinaus über eine aktuelle, integrale Gewerbeförderungsstrategie, welche die Handlungsfelder Gewerbeflächen, administrative Rahmenbedingungen, öffentliche Beschaffung, Erreichbarkeit/Logistik sowie Innenstadt- und Quartierfrequenzen koordiniert? Falls nein: beabsichtigt der Stadtrat, eine solche Strategie mit Massnahmenplan, Zuständigkeiten und messbaren Zielgrössen zu erarbeiten – und bis wann?
2. Welche Instrumente zieht der Stadtrat in Betracht, um bezahlbare und geeignete Gewerbeflächen zu sichern bzw. zu schaffen? Zieht der Stadtrat gezielt Mietzinserleichterungen (bspw. durch Objekthilfe analog der Wohnbauaktionen) in Betracht? Inwiefern kann die Stadt bei eigenen Liegenschaften und Arealentwicklungen gezielt Gewerbeflächen für lokale Betriebe bereitstellen, beispielsweise über Vergabekriterien, Nutzungsmischungen, Zwischennutzungen etc.?
3. Welche Massnahmen plant der Stadtrat zur Verbesserung der Erreichbarkeit von Gewerbebetrieben für Kundschaft und Lieferanten? Welche konkreten Verbesserungen sind beim Güterumschlag, Verkehrsfluss und bei Parkierungs-Möglichkeiten vorgesehen?
4. Welche Optimierungen sind bei städtischen Bewilligungs- und Verwaltungsprozessen vorgesehen (Digitalisierung, Fristen, Zuständigkeiten etc.), um die Abwicklung für Betriebe zu erleichtern?
5. Inwiefern nutzt die Stadt im öffentlichen Beschaffungswesen bestehende Spielräume (insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit), damit lokale KMU berücksichtigt werden können? Welche Beratungs- und Unterstützungsangebote gibt es?
6. Inwiefern werden die Betriebe bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen miteinbezogen? Plant der Stadtrat Massnahmen, um Partizipationsmöglichkeiten wirksamer und verbindlicher zu gestalten?
7. Welchen Beitrag kann die Stadt zur Förderung von attraktiven Arbeitsbedingungen bei privaten Unternehmungen leisten (z.B. Weiterbildungen, Arbeitszeitmodelle, hybride Arbeitsformen, Kinderbetreuung etc.)?

Mitteilung an den Stadtrat

Kennntnismnahmen

5740. 2025/468

Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne), Brigitte Fürer (Grüne) und Lea Herzig (Grüne) vom 01.10.2025:

Verlängerung der provisorischen Bewilligung für das Parkhaus Sihlquai, Gründe für den Antrag, Restbuchwert der Anlage, geplante Investitionen, Kosten für die Behebung baulicher Mängel, Beitrag für die Erreichung des Klimaziels und Hintergründe für die fehlende Koordination mit dem Weissbuch für die Gebietsplanung rund um den Hauptbahnhof sowie mögliche Umnutzung als Badmintonhalle

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1 vom 7. Januar 2026).

5741. 2025/510

Schriftliche Anfrage von Derek Richter (SVP), Johann Widmer (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 29.10.2025:

Verkehrsunfälle im Gebiet um den Hauptbahnhof, Art der Unfälle, prozentualer Anteil der Geschwindigkeit als hauptsächliche Unfallursache, alternative Massnahmen zu Tempo 30, Auswirkungen der Temporeduktion auf den Verkehr und Konsultation der betroffenen Branchen und des Kantons sowie Abstimmung der Massnahme mit der Planung «Stadttraum Hauptbahnhof 2050»

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3 vom 7. Januar 2026).

5742. 2025/522

Schriftliche Anfrage von Anna Graff (SP), Markus Knauss (Grüne) und Michael Schmid (AL) vom 05.11.2025:

Eingeschränkte Parkdauer in der Veloabstellanlage beim Stadttunnel, alternative Konzepte zur 48-Stunden-Regelung, Ausbau des Angebots an Abstellplätzen, Inbetriebnahme des vorinstallierten Parkleitsystems und Ausrüstung der Flächen für E-Roller mit Doppelstöckern

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 4 vom 7. Januar 2026).

5743. 2025/195

Weisung vom 21.05.2025:

Stadtentwicklung, BlueLion Stiftung, Beiträge 2026–2029

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. November 2025 ist am 12. Januar 2026 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 28. Januar 2026.

5744. 2025/273

Weisung vom 02.07.2025:

Kultur, Junges Literaturlabor JULL, Beiträge 2026–2029

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. November 2025 ist am 12. Januar 2026 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 28. Januar 2026.

5745. 2025/304

Weisung vom 09.07.2025:

Kultur, Verein ZAZ BELLERIVE Zentrum Architektur Zürich, Beiträge 2026–2029

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. November 2025 ist am 12. Januar 2026 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 28. Januar 2026.

Nächste Sitzung: 28. Januar 2026, 17.00 Uhr